

## 25. Ordentlicher GdP-Bundeskongress in Berlin:

### Delegierte stellen gewerkschaftspolitische Weichen



GdP-Bezirksverband Arnsberg (Delegierte), dabei Siegfried Pfenninger, vertrat die Kreisgruppe Soest in Berlin. Zweiter von rechts.



Der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Arnold Plickert, ist auf dem 25. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin am Montag mit großer Mehrheit zum stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden gewählt worden. Gratulant: Wieder gewählte GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.

Über rund 240 Anträge haben die 252 Delegierten auf dem 25. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vom 10. bis 12. November in Berlin debattiert sowie abgestimmt und die gewerkschaftspolitischen Weichen für die Arbeit der weitaus größten Arbeitnehmervertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands gestellt. Im Mittelpunkt standen die Themen aus den Bereichen der Innen-, Beamten-, Tarif-, Kriminal-, Verkehrs- und Gesellschaftspolitik.

### Bereitschaftszeiten

So forderten die Delegierten einheitliche finanzielle oder durch Freizeit im Verhältnis eins zu eins abgegoltene Bereitschaftszeiten bei polizeilichen Unterstützungseinsätzen hierzulande ebenso wie bei länderübergreifenden oder internationalen Einsätzen für alle Unterstützungskräfte.

### **Föderalismusreform umkehren**

An die Bundesländer abgegebene Zuständigkeiten im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform sollen künftig wieder im Bund zusammengeführt werden. Die Gewerkschafter kritisierten, dass das Auseinanderklaffen der Rechtsentwicklung insbesondere im Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht in Bund und den einzelnen Ländern, ein "differentes Leistungssystem" zur Folge hat.

### **Absage an Legalisierung weicher Drogen**

Eine klare Absage erteilten die GdP-Delegierten Legalisierungstendenzen im Zusammenhang mit dem Besitz und Erwerb von Betäubungsmitteln auch im Bereich sogenannter weicher Drogen. Experten zufolge stellen Cannabis-Raucher die größte Gruppe von Konsumenten illegaler Drogen dar, die sich ärztlicher Behandlungen unterziehen müssen.

### **Speicherung von Telekommunikationsdaten**

Erneut bekräftigt wurde die Forderung nach einer raschen Einführung einer verfassungsgemäßen und europarechtlich konformen gesetzlichen Regelung zur Speicherung und Verarbeitung von Telekommunikations-Verkehrsdaten zur Aufklärung und Verhinderung von schweren Straftaten durch die Sicherheitsbehörden

### **Zwangsheirat**

Auch die Bekämpfung der Zwangsheirat soll vorangetrieben werden. Deutlich verstärkt werden müsse zudem die Präventionsarbeit für dieses Delikt.

### **Problem: Straftaten in der Pflege**

Straftaten an pflegebedürftigen älteren Menschen wie Gewalt und Betrug sollen stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt werden.

### **Vorgaben für Leichenschau**

Zur Durchführung der ärztlichen Leichenschau sei eine bundesgesetzliche Vorgabe für die Regelungen in den Bestattungsgesetzen der Länder erforderlich. Es ist nach Auffassung der GdP ein mittlerweile viele Jahre andauernder Skandal, dass nach wissenschaftlichen Annahmen jedes Jahr in der Bundesrepublik rund 3.000 unnatürliche Todesfälle, darunter etwa 1.200 Tötungsdelikte unentdeckt bleiben.

### **Körperschutzausstattung – auch für Kolleginnen – verbessern**

Beamtinnen der Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sollen künftig eine deutlich besser auf ihren Körper abgestimmte Schutzausrüstung (KSA) erhalten. Auch für eine generelle Weiterentwicklung der sogenannten Körperschutzausstattung "Leicht und Schwer" (KSA L+S) wurde votiert. So erweise sich die Ausrüstung wegen der sich in den letzten Jahren stark geänderten Einsatzbedingungen mehr und mehr als ungeeignet.

### **Stärkung der maritimen Sicherheit Deutschlands gefordert**

Die GdP mahnt einen hohen Sicherheitsstandard für die maritime Sicherheit an Deutschlands Küsten und Binnengewässern an. Dazu bedürfe es eines starken Verbundes unterschiedlicher Akteure, insbesondere der Wasserschutzpolizeien der Länder, der Bundespolizei zur See und des Zolls sowie eine aufgabenorientierte personelle wie technische Ausstattung.

### **Mehr Rückendeckung**

Die Verantwortlichen und Handelnden in der Politik sollen sich deutlich zu den Aufgaben der Polizei, Feuerwehr und Rettungsorganisationen bekennen, Ihnen zu mehr Respekt in der Bevölkerung verhelfen und sie deutlich besser vor Gewalt schützen. Die Polizei brauche mehr Rückendeckung, so der Appell der Delegierten. Den Gewerkschaftern zufolge hat sich die gesellschaftliche Stellung der Kolleginnen und Kollegen der Polizei sowie Angehörigen anderer Sicherheits- und Hilfeeinrichtungen in den letzten Jahren extrem verschlechtert. Scharf kritisiert wurden die von den Beschäftigten als Lippenbekenntnisse empfundenen Äußerungen aus dem politischen Raum. Die Delegierten mahnten überdies, Übergriffe gegen Beschäftigte der inneren Sicherheit nur in konkreten Ausnahmefällen mit Bewährungsstrafen zu ahnden. Wer für Recht und Ordnung eintrete, müsse einen besonderen Schutz seiner Rechte erwarten können.

Detailliertere Informationen:

[http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Bk\\_Copy-of-Medienecho?open&l=Bk&ccm=050](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/Bk_Copy-of-Medienecho?open&l=Bk&ccm=050)